Mehr Marktwirtschaft und Resilienz, weniger Kosten und Bürokratie

Energiepolitische Impulse des Fördervereins des Clusters Erneuerbare Energien Hamburg e.V. (EEHH) für Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2025

1. Strommarkt: Günstiger und resilienter durch Speicher und Flexibilität

Die Strompreise, insbesondere die Kostenspitzen, müssen runter. Der wirksamste und kostengünstige Hebel wäre eine höhere Flexibilität bei der Erzeugung, Abnahme sowie Speicherung von Strom. Diese marktwirtschaftliche Maßnahme würde zugleich die Investitionskosten in Backup-Energieerzeugung reduzieren und insgesamt die Stromversorgung resilienter machen. Lang- und Kurzzeitspeicher können extreme Ausschläge in beide Richtungen (negative Preise, Preisspitzen) verhindern.

- **Vorschlag**: Der Bund wird den Ausbau von Lang- und Kurzzeitspeicher und ihre Markintegration unterstützen. Als Langzeit-Speicher sind Wasserstoff, kombiniert mit Kavernenspeichern, und wasserstofffähige Gaskraftwerke zu berücksichtigen. Kurzzeit-Speicher sind vor allem elektrochemische Batterien. Der Bund wird die Rahmenbedingungen verbessern, indem er Speichertechnologien im Energiemarktdesign besonders berücksichtigt und von unnötigen Kosten freihält.
- **Vorschlag**: Der Bund wird Flexibilität in der Industrie fordern und fördern. Ziel ist es, durch eine flexiblere Nachfrage der Abnehmer große Potenziale für die Integration erneuerbarer Energien zu nutzen, die Strompreise für Großverbraucher zu senken, sie von Preisschwankungen unabhängiger zu machen, die Stromnetze zu entlasten und so den Industriestandort Deutschland zu stärken. Der Bund wird zeitlich variable Netzentgelte einführen. Diese bewirken zusätzliche Kostenvorteile für Unternehmen auch ohne direkte finanzielle staatliche Förderung. Im internationalen Wettbewerb stehende Industrien behalten ihre jetzige Netzgebührenrabatte, wenn sie ihren Leistungsbezug flexibilisieren.

2. Wasserstoffwirtschaft: Den Hochlauf beschleunigen

Wasserstoff wird weltweit immer wichtiger - als Träger, Speicher und Transportmittel für Energie. Industrie und Verkehr (Schifffahrt, Luftverkehr, Schwerverkehr) können so ihren Treibhausgas-Ausstoß effektiv reduzieren. Dank Forschung, Entwicklung, Reallaboren, Pilotprojekten und vieler privatwirtschaftlicher Investitionen wurden viele anfängliche Hürden bereits überwunden. Erste Groß-Elektrolyseure und ein Wasserstoffkernnetz sind im Bau. Bilaterale Abkommen sichern zunehmend den Import von Wasserstoff(-Derivaten). Noch existiert aber kein Markt mit einer wettbewerbsorientierten Preisbildung. Deutsche Unternehmen werden ihre technologische Weltmarktführung nur mit einem starken Heimatmarkt halten können.

- **Vorschlag**: Der Bund wird den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft regulatorisch, infrastrukturell und finanziell beschleunigen. Er wird die verbleibenden (2020 ausgewählten) IPCEI-Projekte mit Vorrang verfolgen.

- **Vorschlag**: Der Bund wird in der EU zur erheblichen Kostensenkung auf deutliche Vereinfachungen der Produktionskriterien für grünen Wasserstoff („Delegated Act“) hinwirken (weder stündliche Korrelation noch „Zusätzlichkeit“).
- **Vorschlag**: Der Bund wird die Produktion und den Import von Wasserstoff (-derivaten), den Netz-Ausbau sowie die Abnehmer bei entsprechenden Investitionen und beim Kostenausgleich für den Bezug klimaneutraler Treibstoffe auch in den kommenden Jahren unterstützen.

3. Offshore-Wind: Bessere Infrastruktur und niedrigere Kosten

Die Offshore-Windenergie leistet die höchste Zahl von Volllaststunden. Sie versorgt die Industrie damit verlässlich mit günstigem grünen Strom. Ihr Ausbau bleibt aber immer noch unter den Notwendigkeiten.

Vorschlag: Der Bund übernimmt Verantwortung für den deutlichen weiteren Ausbau der Offshore-Windenergieerzeugung.

- **Hafeninfrastruktur ertüchtigen**: Deutschland nimmt beim Ausbau der Offshore-Windenergie nach Jahren der Stagnation wieder Fahrt auf. Um die Ausbauziele zu erreichen, bedarf es neuer Hafenflächen für Verschiffung, Anlandung und Lagerung von Großkomponenten (Türme, Fundamente, Rotorblätter, Gondeln). **Vorschlag**: Der Bund wird mit Blick auf die nationale Bedeutung der deutschen Seehäfen einen energiepolitischen Beitrag leisten und die (nach Realisierung von Cuxhaven) noch fehlenden Flächen von bis zu 170 ha mit der neuen Deutschland-Geschwindigkeit ermöglichen.
- **Ausschreibungsdesign für Offshore-Flächen überarbeiten**: Die jetzigen Bieterverfahren führen zu steigenden Strompreisen. Sie belasten durch starken Preisdruck die Hersteller und Zulieferer, um die hohen Investitionen zu finanzieren. **Vorschlag**: Der Bund wird Differenzverträge (nach britischem Vorbild und wie von der EU-Kommission volkswirtschaftlich bevorzugt) einführen und qualitative Kriterien (wie nachhaltige Zulieferketten) bei Ausschreibungen berücksichtigen.

4. Solarenergie: Als Teil des „Energy-Sharings“ weiter stärken

Solarenergie ist eine Erfolgsgeschichte. Inzwischen können sich viele KMUs, Privathaushalte und die Wohnungswirtschaft mit kostengünstiger Energie selbst versorgen und von Preisschwankungen am Energiemarkt unabhängig machen - auch ohne unmittelbare Förderung. PV ist eine starke Säule der Sektorenkopplung (z.B. Heimspeicher, E-Mobilität).

- **Vorschlag**: Der Bund wird das Energy-Sharing weiter stärken, auch hinsichtlich dezentraler Prosumer-Modelle. Ziel ist es, innovative Vermarktungsoptionen zu ermöglichen und die Stromnetze weiter zu entlasten. Der Bund wird durch eine Gesetzesänderung den Bau und Betrieb von Kundenanlagen erleichtern.

Kontakt:

Förderverein des Clusters Erneuerbare Energien Hamburg e.V. (EEHH e.V.)
c/o Erneuerbare Energien Hamburg GmbH (EEHH GmbH)
Wexstrasse 7
20355 Hamburg
Ansprechpartner: Jan Rispens, Geschäftsführer EEHH GmbH
040 694573-11
jan.rispens@eehh.de